

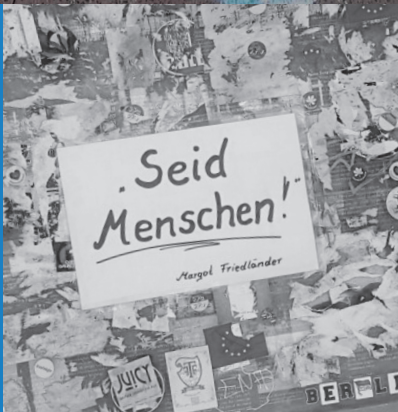
JAHRESBERICHT REGISTER MITTE 2025

RASSISTISCHER VORFÄLLE UND GRUPPEN-
BEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT
UNABHÄNGIGE DOKUMENTATION UND ANALYSE



"IHR SEID KLÜGER, IHR HABT GELERNT, IHR WISST, WAS MENSCHLICHKEIT IST, WAS SICH GEHÖRT, WAS WIR SIND. DASS MENSCHEN, GANZ EGAL, WELCHER HAUTFARBE, WELCHER RELIGION, ALS MENSCHEN RESPEKTIERT WERDEN MÜSSEN."

Margot Friedländer
1921-2025



METE-EKŞİ-PREIS
Jugendtheater ausgezeichnet

Impressum

Internet: www.berliner-register.de/mitte
www.narud.org/register-berlin-mitte

Mail: register@narud.org

Träger: NARUD e.V.
Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Telefon: 030/407 57 551

Redaktion: Aziz Lamere, Matthias Oberg, Max Williams

Fotos: Titelbilder: ©Narud e.V. :
weitere Bilder: Bildrechte an den Fotos vermerkt

Gestaltung: Ellen Windmüller · Kommunikationsdesign

INHALT

I. BERLINER REGISTER	5
I.I WAS IST DAS „BERLINER REGISTER“	5
II. AUSWERTUNGEN	7
II.I VORFÄLLE NACH MOTIVEN	7
II.II VORFALLSARTEN	7
II.III VERTEILUNG NACH ORTSTEILEN	18
II.IV ENTWICKLUNG DER EXTREMEN RECHTEN IN MITTE	23
II.V ZIVILCOURAGE	28
II.VI AUSZÜGE AUS DER REGISTER-CHRONIK	30
III. KONTAKTADRESSEN UND BERATUNGSANGEBOTE	31
III.I ANLAUFSTELLEN	31
III.II BERATUNGSSTELLEN	32



I.I. Was ist das „Berliner Register“?

Das Berliner Register dokumentiert Vorfälle aus Berlin, die rassistisch, antisemitisch, anti-Schwarz rassistisch, antimuslimisch-rassistisch, antiziganistisch, extrem rechts, LGBTIQ*feindlich, den Nationalsozialismus verherrlichend oder verharmlosend, behindertenfeindlich, anti-feministisch oder sozialchauvinistisch motiviert sind. Die Aufgaben des Registers sind die Dokumentation und Analyse von radikal und extrem rechten Aktivitäten, Vorfällen und Gruppierungen sowie die Sichtbarmachung von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Durch die Sichtbarmachung der alltäglichen Diskriminierung und der Aktivitäten extrem rechter Gruppierungen im eigenen Bezirk können Anwohner*innen für diese Thematiken sensibilisiert werden. Um auch diese alltäglichen Vorfälle sichtbar zu machen, berücksichtigen die Register im Gegensatz zu bestehenden Statistiken nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle wie Angriffe oder Sachbeschädigungen, sondern ebenso niedrigschwellige Vorfälle, wie das Anbringen von diskriminierenden Parolen, aber auch jene Vorfälle, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht wurden oder nicht in das Blickfeld offizieller Stellen gerückt sind. Das Registrieren solcher Vorfälle bei der Registerstelle Berlin-Mitte und in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und in dem sie mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. In der Registerstelle Berlin-Mitte können Betroffene eine Erst- und Verweisberatung erhalten.

Durch die Veröffentlichung und die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft am Register wächst das Interesse für die Diskriminierungsproblematik, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl, selbst auch betroffen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Seit 2014 wird die Registerstelle im Bezirk Berlin-Mitte von NARUD e.V. getragen. NARUD e.V. ist eine migrantische, afrikanisch-diasporische Organisation, die sich insbesondere für Integrationsförderung, entwicklungspolitische Bildung und Entwicklungszusammenarbeit einsetzt und das Ziel verfolgt, die diskriminierungsfreie Teilhabe von Migrant*innen in Berlin zu fördern. Es ist folgerichtig ein Anliegen von NARUD e.V. dazu beizutragen, alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung in aufklärerischer Weise sichtbar zu machen und zu überwinden. Finanziell gefördert wird das Register Berlin-Mitte durch die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung und das Bezirksamt Berlin-Mitte.

WERDEN SIE REGISTER-ANLAUFSTELLE

Das Register braucht die Beteiligung vieler Menschen bei der Sichtbarmachung von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bezirk. Werden Sie aktiv und unterstützen Sie diese Arbeit! Beratungsstellen, Vereine, Nachbarschaftszentren, Jugendclubs und andere soziale Einrichtungen können als Anlaufstelle aktiv werden, indem sie für das Register werben und Vorfälle an das Register Berlin-Mitte weiterleiten. Meldebögen und Informationsmaterialien können unter register@narud.org angefordert werden. Gerne führen wir auch Schulungen für die Mitarbeiter*innen der Anlaufstellen durch.

Melden Sie uns

rassistische, antisemitische, anti-Schwarz rassistische, antimuslimisch-rassistische, antiziganistische, extrem rechte, LGBTIQ*-feindliche, den Nationalsozialismus verherrlichende oder verharmlosende, behindertenfeindliche, antifeministisch oder sozialchauvinistische Vorfälle aus Berlin!

Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.

Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Telefon: Tel.: (030) 4075 7551 · Mobil: 0157 /57983755

Mail: register@narud.org

Internet: www.berliner-register.de/vorfall-melden/



Network African Rural and Urban Development e.V.



gefördert von:

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN



Senatsverwaltung
für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung



**DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus



**LANDESSTELLE
FÜR GLEICHBEHANDLUNG-
GEGEN DISKRIMINIERUNG**



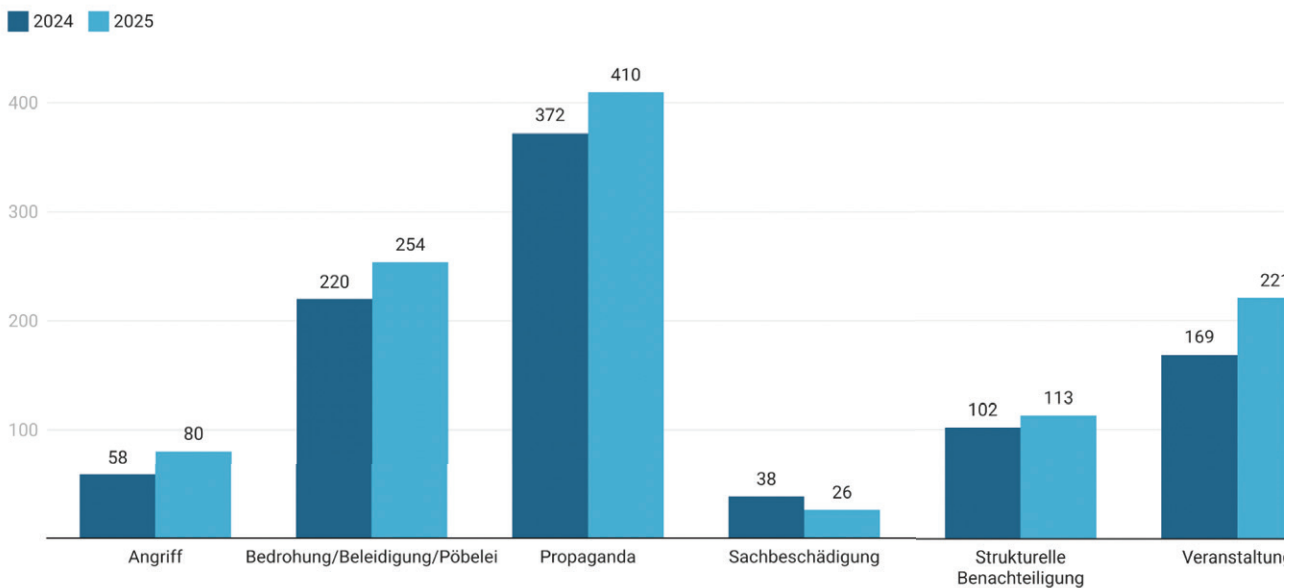
**BEZIRKSAMT
MITTE
VON BERLIN**

II.1 Vorfälle nach Motiven

Vorfallsmotive



Vorfallsarten



Created with Datawrapper

II. Auswertungen

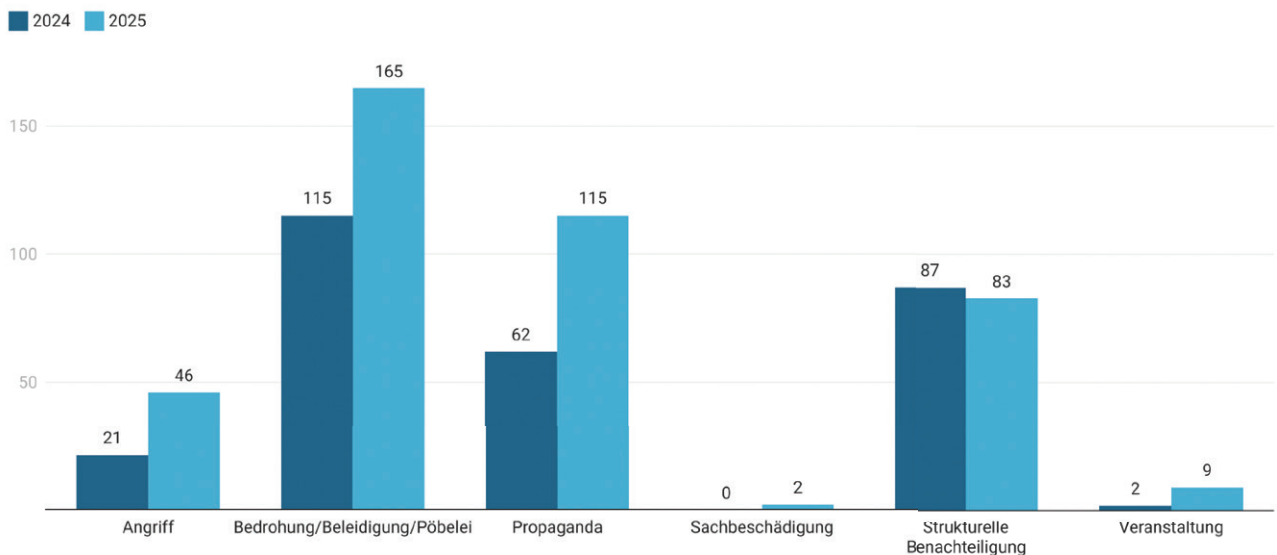
Entwicklung der Vorfälle im Bezirk Mitte

Durch die zentrale Lage des Bezirks, die hier angesiedelten Institutionen und die Berliner Verkehrsinfrastruktur sind viele Menschen aus der ganzen Stadt täglich im Bezirk Mitte unterwegs. An den Umsteige- und Fernbahnhöfen, an den Hochschulen, im Nachtleben und in den Einkaufszentren im Bezirk treffen verschiedene Milieus aufeinander. Gleichzeitig befinden sich mit Wahrzeichen der Stadt wie dem Brandenburger Tor und den Institutionen im Regierungsviertel Orte im Bezirk, die Demonstrationen mit bundesweiter Bedeutung anziehen. Dies führt dazu, dass im Bezirk Mitte vergleichsweise viele Vorfälle erfasst werden. Mit 1104 Vorfällen wurden 2025 so viele Vorfälle wie nie zuvor im Bezirk Mitte erfasst. 2024 wurden 950 Vorfälle erfasst, 2023 waren es noch 855, 2022 waren es 758.

Ein besonders starker Anstieg konnte bei rassistischen Vorfällen beobachtet werden. Bei allen Formen des Rassismus wurden mehr Vorfälle erfasst als im Vorjahr. Insgesamt war Rassismus das häufigste Motiv im Jahr 2025. Einen leichten Rückgang erfassen wir bei antisemitischen Vorfällen. Nach dem terroristischen Hamas-Angriff auf Israel am 07. Oktober 2023 verzeichneten wir einen starken Anstieg antisemitischer Vorfälle im Rahmen der Mobilisierung

zum Israel-Palästina-Konflikt. Diese Entwicklung setzte sich 2025 nicht fort, jedoch hatten wir auch weiterhin wesentlich mehr antisemitische Vorfälle zu verzeichnen als vor dem 07. Oktober 2023. Die verschwörungsideologische Szene in Mitte, die das Vorkommnis im Bezirk Mitte zwischen 2020 und 2023 stark geprägt hatte, hat 2025 weiter an Mobilisierungspotential verloren.

Rassismus insgesamt



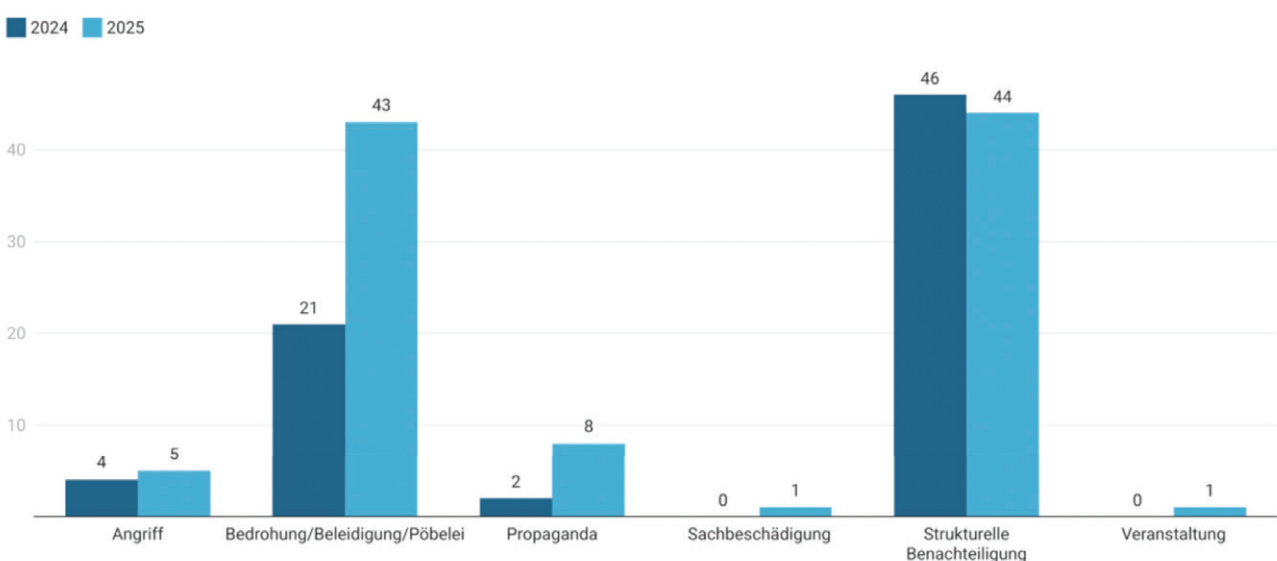
Created with Datawrapper

Nachdem von 2023 auf 2024 die Anzahl der erfassten rassistischen Vorfälle in Berlin-Mitte zurückging, verzeichneten wir 2025 wieder einen starken Anstieg. In einem gesamtgesellschaftlichen Klima, das erheblich von „Remigrations“-Debatten geprägt war, nahmen rassistische Angriffe, Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und Propagandavorfälle deutlich zu. Wir erfassten 2025 mehr als doppelt so viele rassistische Angriffe wie 2024. Der Großteil der Übergriffe erfolgte im öffentlichen Raum, etwa ein Viertel im öffentlichen Personennahverkehr. Auch bei rassistischer Propaganda konnten wir örtliche Konzentrationen feststellen. Aus dem Wedding und aus dem Osten des Ortsteils Mitte wurde uns besonders viel rassistische Propaganda gemeldet. Im Wedding wurden immer wieder großflächig Aufkleber angebracht, die suggerierten, dass „Remigration“ verschiedene gesellschaftliche Probleme wie Wohnungsmangel oder Gewalt gegen Frauen lösen würde. Diese waren keiner extrem rechten Organisation und keinem Versandhandel zuzurechnen. In der Umgebung der Karl-Marx-Allee in Mitte wurden immer wieder Aufkleber der neonazistischen Kleinpartei „Die Heimat“ (ehemals NPD) verklebt, die verschiedene rassistische Narrative bedienten. In beiden Gebieten ist davon auszugehen, dass Einzelpersonen für die Sticker-Serien verantwortlich sind. „Die Heimat“ war auch an fünf der erfassten rassistischen Veranstaltungen beteiligt und somit maßgeblich für den Anstieg bei rassistischen Demonstrationen verantwortlich. Das Schlagwort „Remigration“ griff hingegen mehrfach die extrem rechte „Identitäre Bewegung“ bei ihren Aktionen im Bezirk auf.

Wir erfassten zwei rassistische Angriffe, die sich spezifisch gegen Palästinenser*innen richteten und insbesondere aus dem Umgebung der Humboldt-Universität und der Straße Unter den Linden wurden uns antipalästinensische rassistische Schmierereien gemeldet.

Einen starken Anstieg verzeichneten wir auch bei antiasiatischem Rassismus von 20 (2024) auf nun 27 Vorfälle. Anti-asiatisch-rassistische Vorfälle wurden ab 2020 verstärkt gemeldet. Wir erfassten vor allem Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, Angriffe und strukturelle Benachteiligungen. Propagandavorfälle oder Kundgebungen wurden nicht gemeldet. 2025 ist der Anstieg auch auf die Kooperation mit einem neuen Fachprojekt der Meldestelle anti-asiatischer Rassismus zurückzuführen.

Anti-Schwarzer Rassismus



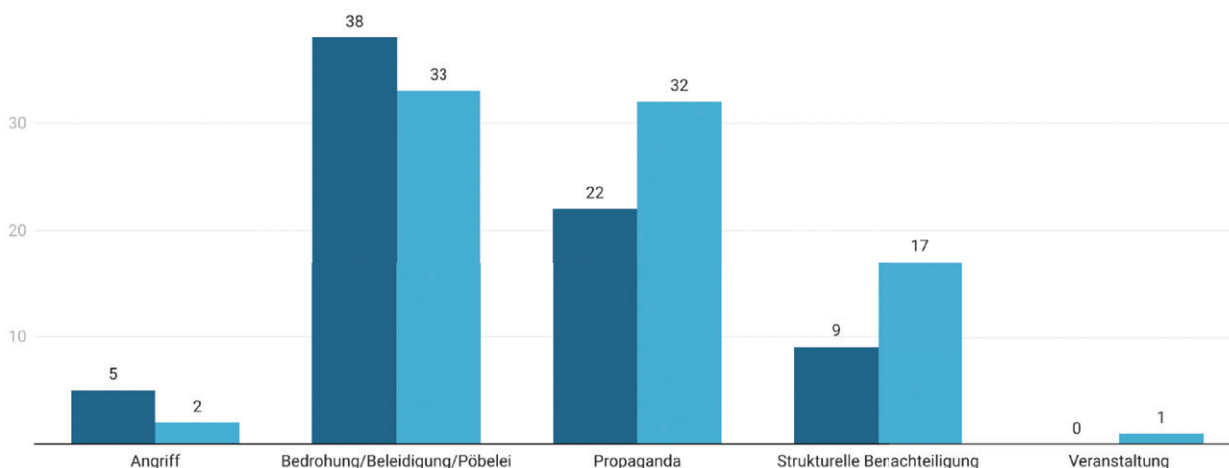
Created with Datawrapper

Rassistische Übergriffe finden dort statt, wo es auch potenziell Betroffene gibt. Im Bezirk Mitte sind Schwarze Menschen besonders im Wedding sichtbar. Dort erfassten wir auch 2 der 5 Angriffe und 15 der Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gegen Schwarze Menschen. Besonders häufig waren Schwarze Frauen betroffen. Vier der fünf Angriffe und 21 der Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien, bei denen das Geschlecht der Betroffenen bekannt war, richteten sich gegen Frauen. Auffällig ist auch, wie häufig Schwarze Familien betroffen waren. Bei anti-Schwarzem Rassismus scheinen die Täter*innen nicht davor zurückzuschrecken, diesen auch in der Gegenwart vor Kindern zu artikulieren. Wir erfassten zwar deutlich mehr anti-Schwarz-rassistische Propaganda, doch generell spielt Anti-Schwarzer Rassismus bei der Propaganda kaum eine Rolle. Bei den Vorfällen handelte es sich hauptsächlich um N-Wort-Schmierereien oder "White Lives Matter" Aufkleber. Die strukturellen Diskriminierungen gegen Schwarze Menschen erfassten wir vor allem im Gesundheitssystem, auf der Arbeit, im Bildungssystem und bei Behörden. Wie in den vergangenen Jahren erreichten uns besonders viele Meldungen aus dem Landesamt für Einwanderung.



Antimuslimischer Rassismus

■ 2024 ■ 2025

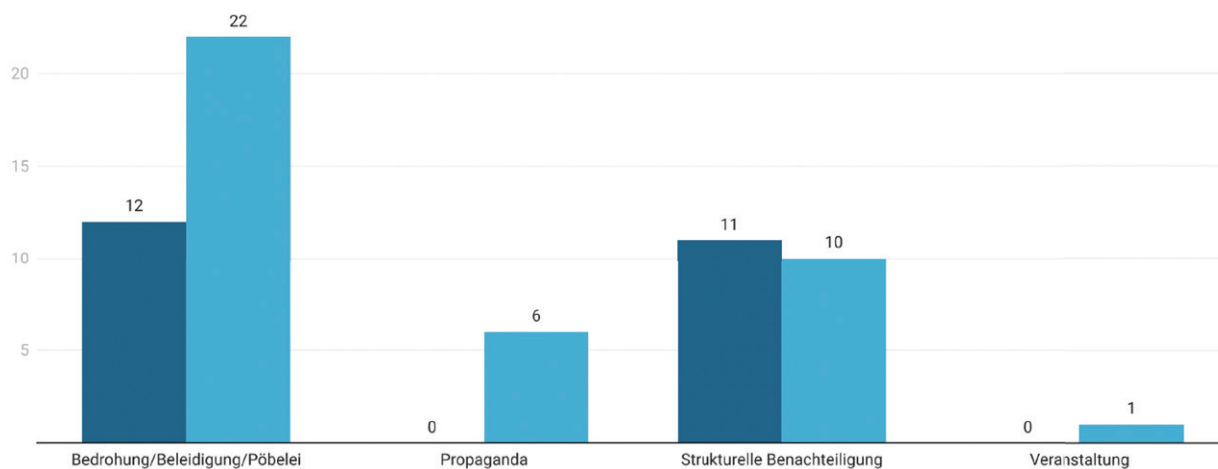


Created with Datawrapper

Nachdem 2024 deutlich weniger antimuslimisch-rassistische Vorfälle erfasst wurden, erreichte das Vorkommnis 2025 mit 85 antimuslimisch-rassistischen Vorfällen wieder das Niveau von 2023. Der Anstieg ist vor allem auf mehr Propaganda zurückzuführen, die bereits im Vorjahr deutlich zugenommen hatte. Dabei handelte es sich häufig um Schmierereien wie "Islam kills", Aufkleber aus extrem rechten Versandhandel, die extrem rechte Begriffe wie "Messermänner" oder "Remigration" aufgriffen und Aufklebern einer fundamentalistischen katholischen Organisation, die LGBTQ*-Feindlichkeit als mehrheitlich von Muslim*innen ausgehend darstellen. Etwa zwei Drittel der Propaganda wurde aus den Ortsteilen Moabit und Tiergarten gemeldet. Wir erfassten 14 Propagandavorfälle an Moscheen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Hasszuschriften. Auch strukturelle Benachteiligungen nahmen 2025 zu. Diese ereigneten sich vor allem auf der Arbeit, im Bildungssystem und in Geschäften.

Antiziganismus

■ 2024 ■ 2025

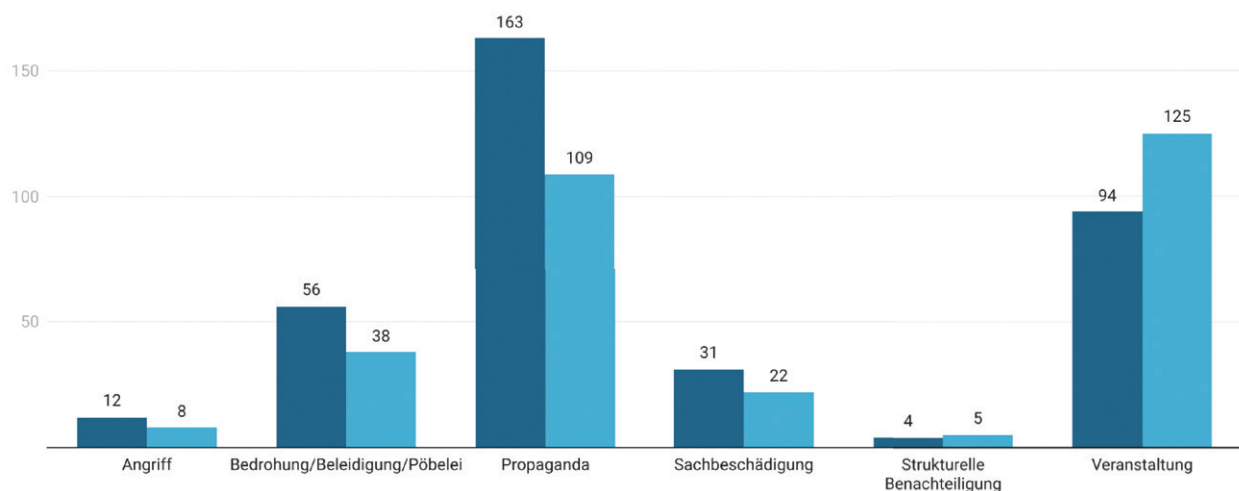


Created with Datawrapper

Auch bei antiziganistischen Vorfällen konnten wir einen deutlichen Anstieg verzeichnen. Insbesondere Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien und Propagandavorfälle nahmen zu. Die Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien fanden wie bei fast allen Motivkategorien häufig in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Personennahverkehr statt. Meist wurden Personen mit dem Z-Wort beleidigt oder es wurden abwertende kulturalisierende Äußerungen getätigt. Eine Besonderheit sind jedoch die vielen Beleidigungen und Benachteiligungen bei Behörden. Auch hier gab es mehrere Vorfälle im Landesamt für Einwanderung. Im Landesamt für Einwanderung kam es auch zu mehreren strukturellen Benachteiligungen. Die strukturellen Benachteiligungen fanden überwiegend in Behörden statt. Es waren fast immer auch Kinder oder Jugendliche betroffen. Nachdem wir 2024 keine antiziganistische Propaganda erfassten, wurden uns 2025 wieder Vorfälle gemeldet. Drei der Propagandavorfälle waren Teil einer Serie, bei der im Osten des Ortsteils Mitte in der Umgebung der Karl-Marx-Allee rassistische Aufkleber der neonazistischen Kleinpartei "Die Heimat" verklebt wurden. Dabei handelte es sich um ein älteres Aufklebermotiv, das noch den alten Namen der Partei (NPD) verwendete und "Geld für Oma statt für Sinti und Roma" forderte. Aus dem Umfeld der "Heimat" wurde auch eine antiziganistische Demonstration im Ortsteil Mitte organisiert. Auf der Demonstration wurden Sint*izze und Rom*nja als „Abscham“ und „Betrüger“ bezeichnet. Auch auf Bannern und Plakaten war zu lesen: „Betrüger & kriminelle Ausländer raus!“ und „Achtung Betrüger!“. Einige Teilnehmende hielten ein Transparent mit dem Spruch „Grenzen Dicht!“ in den Händen. Darauf war ein weißes Schaf aufgemalt, das ein schwarzes Schaf mit den Hinterbeinen wegtritt. An der Demonstration beteiligten sich auch verschiedene Gruppen von sehr jungen Neonazis.

Antisemitismus

■ 2024 ■ 2025



Created with Datawrapper

2025 sank die Zahl der antisemitische Vorfälle in Mitte zwar, sie blieb jedoch immer noch deutlich über dem Niveau der Jahre vor 2023. Nach dem Terrorangriff der Hamas am 07. Oktober 2023 und dem drauf folgenden Krieg registrierten wir im vierten Quartal 2023 und im ganzen Jahr 2024 einen massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle. Der Höhepunkt dieser Entwicklung scheint im Bezirk Mitte überschritten zu sein. Es wurden mit Ausnahme der Veranstaltungen in jeder Vorfallsart weniger Vorfälle registriert. Zwei der

erfassten Angriffe fanden im Umfeld des Mahnmals für die ermordeten Jüdinnen*Juden Europas statt. Einer dieser Angriffe war ein Mordversuch an einem spanischen Touristen, der dort von einem Islamisten mit einem Messer schwer am Hals verletzt wurde. Der Täter wollte laut Zeitungsberichten Jüdinnen*Juden töten. Wie bei fast allen Motivkategorien fanden die Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien häufig in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Personennahverkehr statt, wir erfassten aber auch vergleichsweise

viele Vorfälle im Umfeld von Demonstrationen. Etwa ein Drittel der Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien hatte einen direkten Bezug zum Nahostkonflikt. Bei der erfassten Propaganda spielte der Nahostkonflikt bei etwa der Hälfte der Vorfälle eine Rolle. Dabei handelte es sich 2025 meist um Schmierereien wie "Kindermörder IsraHell". Antisemitische Aufkleber wurden deutlich seltener erfasst als 2024. Auch die Propagandavorfälle ohne Bezug zum Nahostkonflikt waren mehrheitlich Schmierereien. Antisemitische

Propaganda wurde vor allem aus den Ortsteilen Mitte und Wedding gemeldet.

Über 90 % der erfassten antisemitischen Veranstaltungen hatten einen Bezug zum Nahostkonflikt. Dabei handelte es sich mehrheitlich um mittelgroße Demonstrationen, die zwischen 30 und einigen hundert Teilnehmer*innen hatten und von linksradikalen und palästinensischen nationalistischen Organisationen veranstaltet wurden.



Dass die Anzahl der erfassten antisemitischen Veranstaltungen 2025 erneut gestiegen ist, ist auf eine Organisation zurückzuführen, die zum Teil mehrmals die Woche Demonstrationen im Bezirk Mitte abhielt. Die von uns dokumentierten antisemitischen Parolen wurden meist von den gleichen Leuten angestimmt, aber von weiten Teilen der Demonstration gerufen. Auch die von uns als antisemitisch klassifizierten Schilder und Transparente wurden meist über das gesamte Jahr auf einer Vielzahl von Demonstrationen gezeigt. Der Personenkreis, von dem diese antisemitischen Veranstaltungen ausgingen, ist also nicht so groß, wie die Anzahl der Demonstrationen es erscheinen lässt. Wir erfassten nur eine Handvoll Demonstrationen mit mehr als 1000 Teilnehmenden.

21.12.2025 Bezirk: Mitte

Kerzen auf dem Grab von NS-Verbrecher

Zwei Personen stellten auf dem Invalidenfriedhof im Ortsteil Mitte eine Kerze auf das eingeebnete Grab des NS-Verbrechers Reinhard Heydrich. Eine der Personen tätschelte die Überreste des Grabsteins. Auf der Kerze stand „Ewig lebt der Toten Tatenruhm“. Heydrich war einer der Hauptorganisatoren des Holocausts, leitete die Wannseekonferenz und war für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Tschechien verantwortlich.

Quelle: Meldeformular Berliner Register



12.11.2025 Bezirk: Mitte

Antisemitische Beleidigung und Bedrohung an der HU

An der Humboldt-Universität in Mitte wurde eine jüdische Studentin von zwei Studienkolleginnen, von der eine eine Kufiya trug, als „Kindermörderin“ beschimpft, nachdem diese mitbekommen hatten, dass die Studentin zu einer Freundin gesagt hatte, dass sie neben der deutschen auch die israelische Staatsbürgerschaft habe und sich zunehmend unwohl in Deutschland fühle. Dass sei auch gut so, mit „Anhängerrinnen des Kindermörderstaates“ wollten sie nicht zusammen studieren. Am besten haue sie ab, „bevor ihr noch was passiert.“

Quelle: Bürger*innenmeldung

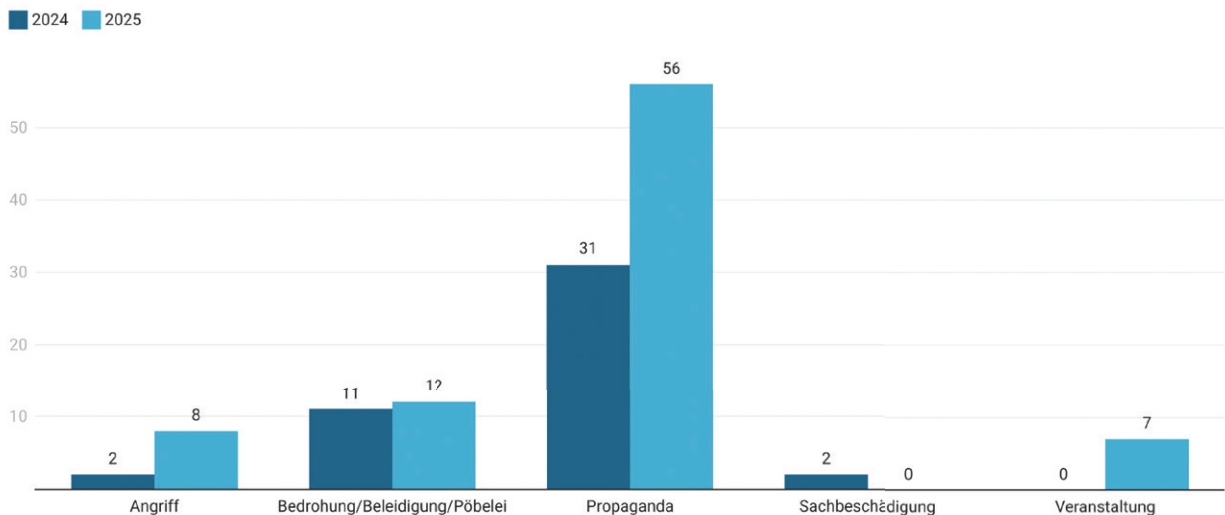
LGBTIQ*- Feindlichkeit

Nach einem starken Rückgang der erfassten LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen von 2023 auf 2024 blieb die Anzahl der Vorfälle 2025 auf dem Niveau des Vorjahres. Dabei gab es einen Rückgang bei den Angriffen, während die Anzahl der erfassten Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien stieg. Die Hälfte aller erfassten LGBTIQ*-feindlichen Übergriffe fand im öffentlichen Personennahverkehr statt. Die meisten Übergriffe waren gegen Frauen gerichtet. Nicht-binäre Personen waren genauso häufig betroffen wie Männer, obwohl sie einen deutlich geringeren Anteil der Bevölkerung darstellen. Wir erfassten 2025 etwas weniger LGBTIQ*-feindliche Propaganda. So wurde Propaganda der extrem rechten „Stolzmonat“-Kampagne dieses Jahr nicht registriert. Die erfasste Propaganda hatte etwa gleichmäßig einen extrem rechten oder einen verschwörungsideologischen oder einen fundamentalistisch-rechtskatholischen Hintergrund. Die meiste Propaganda wurde aus dem Ortsteil Mitte gemeldet.

Die extreme Rechte im Bezirk Mitte

Die Aktivitäten der extremen Rechten werden in allen Motivkategorien dieser Auswertung abgedeckt. Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit sind jedoch in der gesamten Gesellschaft verbreitet und Vorfälle in diesen Kategorien können auch von Menschen ohne ein geschlossenes, extrem rechtes Weltbild verübt worden sein. Die Berliner Register erfassen jedoch drei Motivkategorien, deren Vorfälle ausschließlich aus der extremen Rechten heraus begangen werden.

Politische Gegner*innen



Created with Datawrapper

2025 erfassten wir 83 Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten. 2024 waren es 46 Vorfälle. Es wurden deutlich mehr Angriffe erfasst, die sich vor allem im Umfeld von extrem rechten Demonstrationen ereigneten und gegen Gegendemonstrant*innen oder die Presse gerichtet waren. In diesem Jahr erfassten wir auch eine massive Bedrohung mit einer Schusswaffe. Im Frühjahr 2025 zeigte ein Neonazi einem Antifaschisten in einer Tram eine beleidigende Geste und bedrohte ihn anschließend mit einer Schusswaffe. Die meisten Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien fanden ebenfalls im Umfeld von Demonstrationen statt. Wir erfassten 2025 auch deutlich mehr Propaganda mit diesem Motiv. Meist handelte es sich dabei um gegen Antifaschist*innen gerichtete Aufkleber von neonazistischen Online-Versandhandeln.

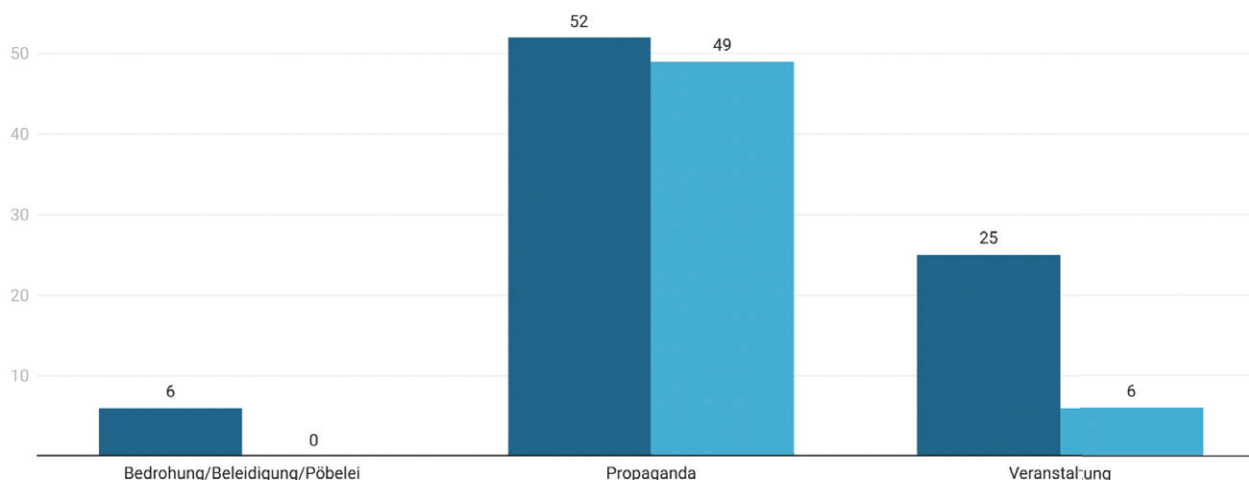
Diese Propaganda wurde hauptsächlich aus dem Ortsteil Tiergarten und dem Ortsteil Mitte gemeldet. Bei den erfassten Veranstaltungen handelte es sich zum Teil um verschwörungsideologische Demonstrationen und zum Teil um neonazistische Demonstrationen.

Junge Neonazis hielten zwei gegen Linke gerichtete Demonstrationen im Ortsteil Mitte ab. Dabei konnten 60 beziehungsweise etwa 200 Personen mobilisiert werden. Beide Demonstrationen wurden von größeren Gegenprotesten begleitet. Verschwörungsideolog*innen hielten eine Reihe von kleineren Demonstrationen und Kundgebungen in Mitte ab, die sich Wahlweise gegen das Justizsystem, linke Presse, Antifaschist*innen oder generell gegen den "Woke-Mainstream" richteten. Dabei gelang es nie, mehr als 100 Personen zu mobilisieren.

Rechte Selbstdarstellung

Rechte Selbstdarstellung

■ 2024 ■ 2025



Created with Datawrapper

Bei der Kategorie rechte Selbstdarstellung verzeichneten wir 2025 einen starken Rückgang auf 55 Vorfälle nach 83 Vorfällen im Jahr 2024. Der Rückgang liegt einerseits daran, dass 2025 keine Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien in dieser Kategorie erfasst wurden. 2024 wurde noch mehrfach das Zeigen des „Wolfsgrußes“, dem Erkennungszeichen der Grauen Wölfe, faschistischer türkischer Gruppen, registriert. Diese wurden meist im Kontext der Fußball Europameisterschaft der Männer gezeigt. Andererseits sank die Zahl der erfassten Demonstrationen. Im Regierungsviertel hatte 2024 noch eine Reihe von Demonstrationen von Landwirt*innen und Verschwö-

rungsideolog*innen stattgefunden, die wahlweise die Rücknahme von Subventionskürzungen oder den Rücktritt der Ampelregierung gemischt mit extrem rechten Bezügen gefordert hatten. Der Rückgang ist also auf das Wegfallen von Sondereffekten zurückzuführen. Bei der Propaganda handelte es sich um Aufkleber extrem rechter Organisationen und Parteien, die außer Selbstwerbung keine Aussage hatten. Auffällig ist, dass 2025 sehr viele Aufkleber einer fundamentalistischen rechtskatholischen Organisation erfasst wurden. Die Aufkleber dieser Organisation wurden meist aus dem Ortsteil Wedding gemeldet.

11.09.2025 Bezirk: Mitte

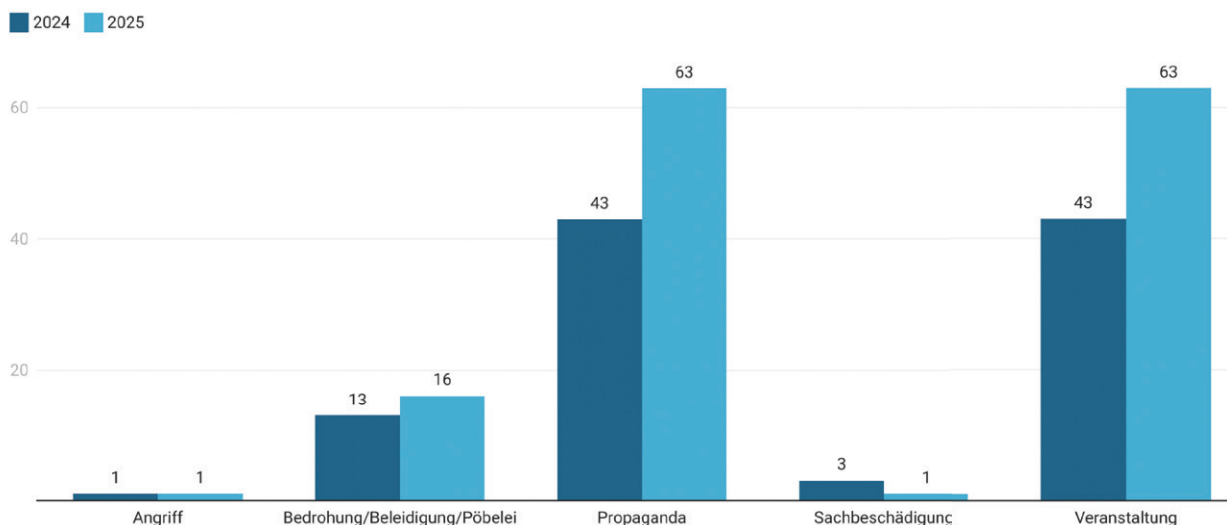
Antiziganistische Bedrohung in Mitte

Mehrere als extreme Rechte erkennbare Männer folgen in Mitte zwei Frauen über längere Zeit, filmen sie, ihr Bildrecht verletzend, ungefragt und beschreiben sie mit einer gegen Sint*izze und Rom*nja gerichteten rassistischen Fremdbezeichnung. Die Videos wurden auf einer Social Media Plattform hochgeladen

Quelle: Amaro Foro / DOSTA

Verharmlosung/Verherrlichung des NS

Verharmlosung / Verherrlichung des Nationalsozialismus



Created with Datawrapper

2025 erfassten wir 144 Vorfälle, die den Nationalsozialismus verherrlichten oder verharmlosten. Im Vorjahr gab es 103 Vorfälle. Wir erfassten einen Angriff, bei dem ein Mann in einer Tram zunächst den Hitlergruß gezeigt hatte und anschließend einen Jugendlichen angriff, der eingeschritten war. Auch bei den erfassten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien handelt es sich überwiegend um das Zeigen des Hitlergrußes.

Die Propagandavorfälle in dieser Kategorie beinhalten Hakenkreuze, Sig-Runen und andere Schmierereien, die sich positiv auf den historischen Nationalsozialismus beziehen, aber auch Reichsbürger*innenpropaganda und Aufkleber, auf denen Schwarz-Weis-Rote Reichsfahnen abgebildet waren. Außerdem sind hier Kundgebungen von Reichsbürger*innen aufgeführt, die weniger als drei Teilnehmer*innen hatten. Diese fanden insbesondere vor der amerikanischen Botschaft am Pariser Platz statt. Dort gab es eine wöchentlich abgehaltene "Mahnwache" von Reichsideolog*innen, bei der die Anzahl der Teilnehmenden immer unter der Anzahl der gezeigten Reichsfahnen blieb. Auch bei den Veranstaltungen handelt es sich überwiegend um Kundgebungen von Reichsbürger*innen, die vor allem auf der Straße Unter den Linden, am Pariser Platz und vor dem Reichstagsgebäude stattfanden.

Eine weitere regelmäßig erfasste "Mahnwache" wurde von Verschwörungsideolog*innen vor dem Robert-Koch-Institut in Wedding abgehalten. Dort wurde das RKI-Personal kritisiert und dazu NS-relativierend ein Bild von den Nürnberger Ärzteprozessen gezeigt.



15.10.2025 Bezirk: Mitte

Antisemitismus auf Kundgebung in Mitte

In der Jägerstraße im Ortsteil Mitte fand eine propalästinensische Kundgebung mit etwa 30 Teilnehmenden statt. Eine Teilnehmerin zeigte ein Schild, auf dem eine blau-weiße Schlange mit Davidstern, die sich um die Erde wickelt, abgebildet war. Das Schild bediente damit das antisemitische Narrativ, dass sich die Welt „im Würgegriff der hinterlistigen und gefährlichen Juden*Jüdinnen befinde“. Eine andere Person zeigte ein Schild, auf dem Israel als „IrzHell“ dämonisiert wurde. Teilnehmende riefen die das Existenzrecht Israels negierende Parole „There is only one state - Palestine 48“.

Quelle: Registerstelle Mitte



29.11.2025 Bezirk: Mitte

NS-relativierende Hass-Schmiererei im Wedding

An einer Wand im U-Bahnhof Rehberge stand die Schmiererei: „Kill Revo Pali Nazis“. Damit wurden palästinensolidarische Linke mit dem Tod bedroht und der Nationalsozialismus relativiert.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

30.08.2025 Bezirk: Mitte

Antisemitismus auf Kundgebung in Tiergarten

Am Potsdamer Platz fand eine propalästinensische Demonstration mit etwa 100 Teilnehmenden statt. Teilnehmende riefen die Parolen „Vom Wasser bis zum Wasser Palästina ist arabisch“, „There is only one state Palestine 48“ und „Kindermörder Israel“. Mit der Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ wird auf antisemitische Ritualmordlegenden angespielt. Es wurde ein Banner mit der Aufschrift „One genocide does not justify another“ gezeigt. Damit wird die Shoah mit dem aktuellen Krieg in Gaza verglichen und relativiert. Eine Rednerin sprach in Bezug auf Israel vom „zionistischen Projekt im Nahen Osten“ sowie dem „zionistische(n) Apartheidsstaat“ und sagte: „Die Befreiung Palästinas endet dann, wenn Tel Aviv wieder in der Hand von Palästina liegt“. Ein anderer Redner bezeichnete Israel mehrfach als „zionist Entity“ und sagte Menschen, die von Frieden mit der „zionistischen Entität“ sprechen, solle ins Gesicht gespuckt werden.

Quelle: Registerstelle Mitte

II.I Entwicklung der extremen Rechten in Mitte

Reichsbürger*innen

Eine Besonderheit des Bezirks Mitte ist die starke Präsenz von Reichsbürger*innen im Bezirk. Im Regierungsviertel und in der Umgebung des Brandenburger Tors fanden wöchentlich Veranstaltungen von Reichsbürger*innengruppen statt. Gleichzeitig nehmen Reichsbürger*innen auch an anderen, vor allem verschwörungsideologischen Demonstrationen im Bezirk teil. Wir erfassten 69 Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen von Reichsbürger*innen. Nicht alle davon wurden von uns als Veranstaltungen kategorisiert, da sie häufig weniger als drei Teilnehmende hatten und ihnen damit der Veranstaltungscharakter fehlte. Stattdessen wurden Mahnwachen mit weniger als drei Teilnehmenden als Propaganda klassifiziert. Dass auch Kleinstmahnwachen mit nur einer Person das Leben im Bezirk prägen können, zeigt sich an der "Mahnwache für Frieden, Freiheit und Souveränität", die samstags vor der US-Botschaft am Pariser Platz stattfand. Die Mahnwache hatte stets nur eine einstellige Zahl an Teilnehmenden, war jedoch durch die große Anzahl an Reichsflaggen meist gut sichtbar. An einem so geschichtsträchtigen und prominenten Standort, hat dies nicht nur Auswirkungen auf das Leben der Menschen im Kiez, sondern auch wie Tourist*innen das Land und die Stadt als Ganzes wahrnehmen. Auch die Kundgebungen der Gruppe "staatenlos.info" auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude waren prominent platziert. Menschen, die sich das Regierungsviertel und den Sitz des deutschen Parlaments anschauen wollten, wurden von dieser Kundgebung aus mit krudesten Verschwörungsmethoden über die angebliche Nicht-Staatlichkeit der Bundesrepublik und den anhaltenden Besatzungsstatus des Landes beschallt.

Graue Wölfe

Eine der größten extrem rechten Bewegungen in Berlin und auch im Bezirk Mitte dürften die türkischen faschistischen "Idealistenvereine" sein, die sogenannten "Grauen Wölfe". Aus diesem Umfeld erfassten wir 2025 vor allem Beleidigungen und Bedrohungen gegen Armenier*innen und Kurd*innen. In einem Fall wurden einer kurdisch-jüdischen Person eine Morddrohung und eine Orchon-Rune an die Wohnungstür gemalt. Die Orchon-Runen werden von „Grauen Wölfe“ verwendet und dienen ihnen auch als Erkennungszeichen.

Der III. Weg

Die Neonazi-Kleinpartei "Der III. Weg" hielt 2025 keine eigene Demonstration in Mitte ab. Sie beteiligte sich jedoch an zwei größeren Demonstrationen. Kader der Kleinpartei und ihrer Jugendorganisation beteiligten sich an einem Block russischer Neonazis bei einer Demonstration von russischen Oppositionellen. Der Block, an dem sie sich beteiligten, wurde von Mitgliedern des "Russischen Freiwilligenkorps" organisiert, einer bewaffneten Gruppe russischer Neonazis, die auf ukrainischer Seite gegen den russischen Staat kämpfen.

12.12.2025 Bezirk: Mitte

Neonazi-Propaganda in Mitte

Am U-Bahnhof Museumsinsel wurden zwei Neonazi-Aufkleber entdeckt und entfernt, einer der „Jägertruppe Berlin Brandenburg“ und einer des „Germania Active Club“ mit dem Text:
„Nett hier. Aber waren Sie schon mal in einer National Befreiten Zone?“

Quelle: Bürger*innenmeldung



Die Heimat

Nachdem die neonazistische Partei "Die Heimat", ehemals NPD, 2024 in Mitte nur noch zwei Kleinveranstaltungen abhalten konnte, gelang es ihr 2025 drei eigene Demonstrationen abzuhalten. Zu einer dieser Demonstrationen konnte die Partei etwa 150 Personen mobilisieren. 2024 hatte "Die Heimat" Probleme, zweistellige Teilnehmer*innenzahlen zu ihren Veranstaltungen zu mobilisieren. Die bessere Mobilisierungsfähigkeit liegt in erster Linie an der erfolgreichen Einbindung von jungen Neonazis aus dem Umfeld von Gruppen wie "Deutsche Jugend voran" und "Berliner Jugend". Die Revitalisierung der Partei zeigt sich auch im Propagandaaufkommen. Nachdem 2024 nur zwei Propagandavorfälle mit Aufklebern der Partei gemeldet worden waren, waren es 2025 13 Vorfälle. Der Großteil dieser Meldungen kam aus dem Ortsteil Mitte, insbesondere aus der Umgebung der Berolinastraße und der Weydemeyerstraße im Osten des Ortsteils.



29.11.2025 Bezirk: Mitte

Antiziganistische Neonazi-Demo in Mitte

Vor dem Berliner Dom in Mitte fand eine Demo der Neonazi-Partei „Die Heimat“, ihrer Jugendorganisation (JN) sowie der „Deutschen Jugend Voran“ (DJV) mit rund 150 Teilnehmenden statt. Die meisten, auch von außerhalb angereisten Teilnehmenden kamen von „Die Heimat“. Neben einigen Teilnehmenden der „DJV“ nahmen auch drei weitere, extrem rechte Jugendgruppen teil, die „Berliner Jugend“, die „Deutschen Patrioten Voran“ und eine neue, die sich „Jägertruppe Berlin Brandenburg“ nennt und zuerst im Oktober 2025 bei einem extrem rechten Aufmarsch gegen den CSD in Cottbus in Erscheinung getreten war. Die „Jägertruppe“ entstand aufgrund von persönlichen Zerwürfnissen aus einer Abspaltung der „DJV“ und rekrutiert, wie diese, zum Teil sehr junge Mitglieder. Auch ein Reichsbürger nahm teil.

Die Demo, die aufgrund von Gegendemonstrationen schon vor der Schloßbrücke zum Stehen kam, richtete sich vor allem gegen Sint*izze und Rom*nja und forderte ein härteres Vorgehen gegen „Hütchenspieler“, sonst fließe weiter „Geld zu Z...palästen nach Rumänien“, wie es auf der Demo hieß. Schon im Demo-Aufruf und digitalen Flyer der „DJV“ war gefordert worden: „Betrüger & kriminelle Ausländer raus!“. Auf der Demo wurden Sint*izze und Rom*nja als „Abschaum“ und „Betrüger“ bezeichnet. Auch auf Bannern und Plakaten war zu lesen: „Betrüger & kriminelle Ausländer raus!“ und „Achtung Betrüger!“. Einige Teilnehmende hielten ein Transparent mit dem Spruch „Grenzen Dicht!“ in den Händen. Darauf war ein weißes Schaf aufgemalt, das ein schwarzes Schaf mit den Hinterbeinen wegtritt. Einige Teilnehmende zeigten das „White Power“-Handzeichen, andere riefen: „Remigration!“ und „Antifa-Hurensöhne!“ Ein Neonazi wurde von der Polizei festgenommen, weil er über ein Megafon ein antisemitisches Lied über Judenvergasung abgespielt hatte.

Quelle: Registerstelle Mitte, Tagesspiegel vom 29.11.2025, taz vom 29.11. und 08.12.2025, JFDA

19.11.2025 Bezirk: Mitte

Rassistische Propaganda in Mitte

In der Umgebung der Berolinastraße im Ortsteil Mitte wurden drei rassistische Aufkleber der neonazistischen Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) entdeckt und entfernt. Ein Aufkleber hatte die Aufschrift „White Lives Matter“, zwei Aufkleber hatten die Aufschrift „Kein Asylbetrüger ist legal“.

Quelle: Bürger*innenmeldung

Die Identitäre Bewegung

Die Identitäre Bewegung war 2024 kaum noch in Erscheinung getreten. Sie war in Berlin immer ein Scheinriese gewesen, der zwar erheblichen ideologischen Einfluss auf Teile der extremen Rechten ausübte und für viele zum Teil spektakuläre Propagandaaktionen verantwortlich war, für diese Aktionen hatten sie sich aber auch zu ihren besten Zeiten Aktivist*innen von außerhalb Berlins herankarren müssen, um zumindest um die zwanzig Personen zusammenzubekommen. 2025 konnten sie wieder drei Kundgebungen auf die Beine stellen, jedoch nur mit 5 bis 20, aber nun wieder jüngeren Teilnehmenden. Eine war LGBTIQ*-feindlich, eine rassistisch ausgerichtet, die dritte forderte die Haftentlassung eines extrem rechten Aktivisten. Außerdem liefen auch an mitgeführten Symbolen erkennbare Personen der Identitären

Bewegung bei einer vor allem von jungen Neonazis getragenen Demonstration gegen "Linksextremismus" mit 200 Teilnehmenden durch Mitte. Es wurden uns auch wieder sieben zumeist rassistische Aufkleber der Identitären Bewegung gemeldet. Inzwischen hat sich mit "Lukreta" auch wieder eine mit der Identitären Bewegung eng vernetzte Frauengruppe jüngerer Aktivistinnen gebildet, die auch in Berlin beginnt, aktiv zu werden.



Die verschwörungsideologische Szene in Mitte

Die verschwörungsideologische Szene in Mitte hat 2025 weiter an Mobilisierungspotential verloren. Zwar führten verschiedene Gruppen regelmäßig Demonstrationen durch, die meisten davon hatten jedoch nur eine niedrige zweistellige Teilnehmer*innenzahl. Nur zwei der 46 erfassten Demonstrationen hatten mehr als 100 Teilnehmende.

17.10.2025 Bezirk: Mitte

Verschwörungsideologische Kundgebung in Mitte

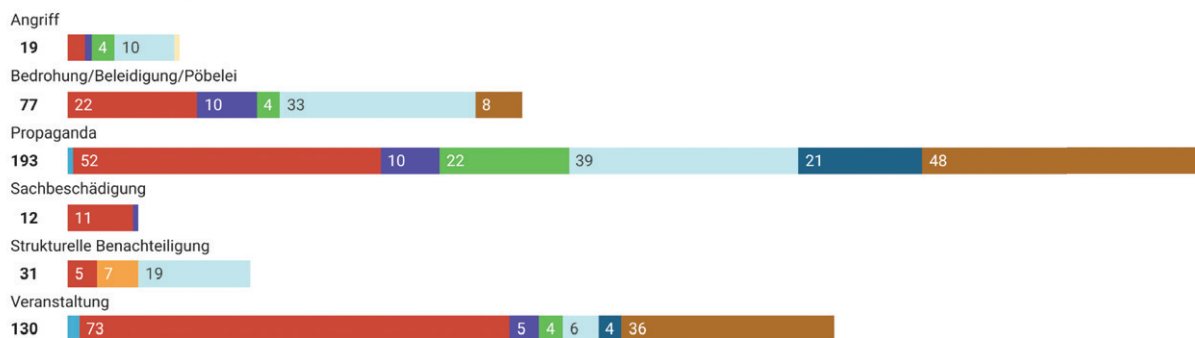
In der Klosterstraße fand eine verschwörungsideologische Kundgebung mit etwa 15 Teilnehmenden statt. Die Kundgebung wurde von der Querfront-Organisation „Demokratischer Widerstand“ organisiert. Ein Redner sagte mit Bezug auf Maßnahmen während der Corona-Pandemie, dass „eine solche Schweinerei ... sich ja noch nicht mal die Nazis ausgedacht“ hätten und das man „auch von dieser Schweinerei ... noch in 80 Jahren sprechen“ werde. Die Teilnehmenden riefen in Richtung des Verfassungsschutzes: „Stasi raus“, worauf der Redner sagte: „Also mit der Stasi hat das durchaus etwas zu tun, aber man hätte auch sagen können Gestapo raus.“. Ein anderer Redner sagte, die „Umverteilung“ während der Coronapandemie hätte der „Hochfinanz“ gedient. „Hochfinanz“ ist ein im Kontext von Verschwörungsmythen zumeist antisemitisch konnotierter Begriff.

Quelle: Registerstelle Mitte

II.II Ortsteile im Bezirk Mitte

Ortsteil Mitte

Antifeminismus Antisemitismus Behindertenfeindlichkeit LGBTQI*-Feindlichkeit Politischer Gegner Rassismus Rechte Selbstdarstellung
Sozialchauvinismus Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS

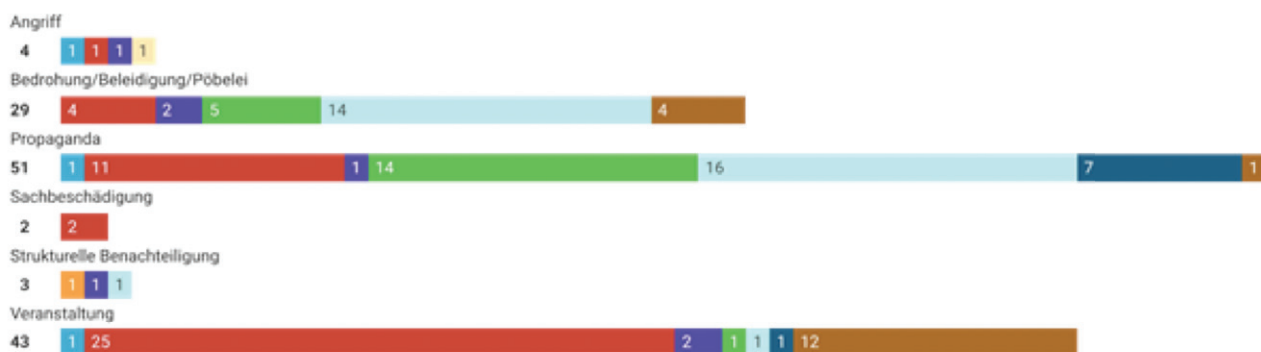


Created with Datawrapper

Im Ortsteil Mitte erfassten wir 2025 462 Vorfälle, 2024 waren es nur 405 Vorfälle. Da Teile des Regierungsviertels und das Brandenburger Tor im Ortsteil liegen, gab es hier besonders viele Demonstrationen und Kundgebungen. Allein auf dem Pariser Platz erfassten wir 41 Mahnwachen von Reichsbürger*innen. Weitere Hotspots für Kundgebungen, zu denen berlinweit und zum Teil bundesweit mobilisiert wurde, sind der Alexanderplatz mit 22 Demonstrationen, das Rote Rathaus mit 6 Demonstrationen und der Checkpoint Charlie mit 11 Demonstrationen. Mit den Bahnhöfen Alexanderplatz und Friedrichstraße liegen auch zwei wichtige Verkehrsknotenpunkte im Ortsteil, an denen Menschen unterschiedlichster Milieus zusammentreffen. Am Alexanderplatz erfassten wir 6 Angriffe und 8 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, an der Friedrichstraße waren es 5 Angriffe und 4 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien. Die Umgebung der beiden Bahnhöfe sind auch Hotspots für Propaganda. Diese wird häufig von Demonstrationsteilnehmer*innen verklebt. Dies ist insbesondere nach verschwörungsideologischen Demonstrationen der Fall.

Ortsteil Tiergarten

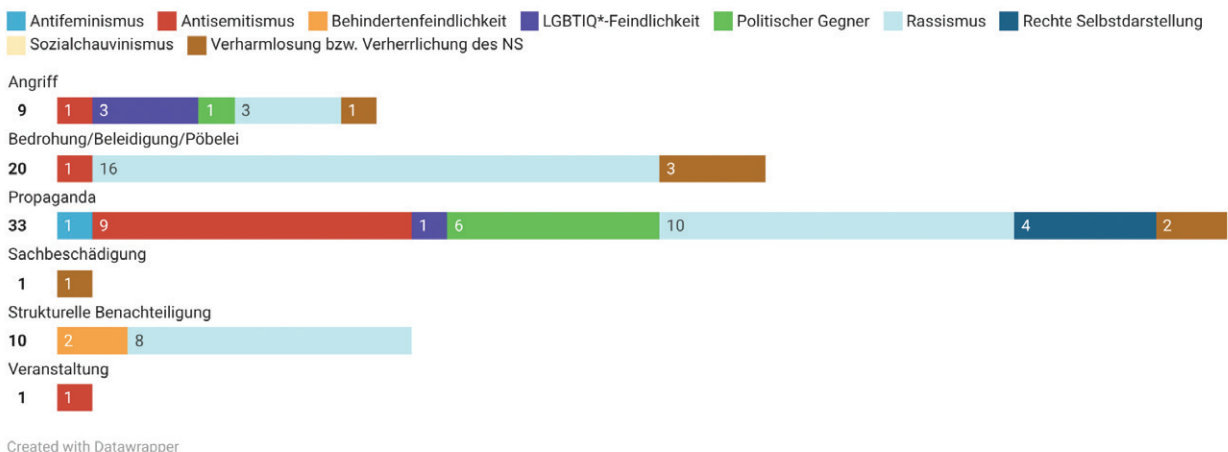
Antifeminismus Antisemitismus Behindertenfeindlichkeit LGBTQI*-Feindlichkeit Politischer Gegner Rassismus Rechte Selbstdarstellung
Sozialchauvinismus Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS



Created with Datawrapper

Der Ortsteil Tiergarten lässt sich grob in drei Regionen teilen, aus denen uns Vorfälle gemeldet wurden: Die Straße des 17. Juni und das Regierungsviertel, die Gegend um den Potsdamer Platz und Tiergarten Süd, südlich der Spree. Im Regierungsviertel kam es zu einer Reihe von Demonstrationen. Die anderen Vorfälle, die uns von dort gemeldet wurden, geschahen nahezu alle im Umfeld von Demonstrationen. Eine Besonderheit war dieses Jahr die Präsenz von jungen Neonazis, die nach Demonstrationen mehrfach am Ludwig-Erhard-Ufer verweilten und dort neonazistische Codes hinterließen. Am Potsdamer Platz erfassten wir 16 Demonstrationen, von denen 15 israelbezogen antisemitisch motiviert waren. In Tiergarten Süd wurde uns vor allem Propaganda, hauptsächlich in der Lützowstraße, gemeldet. Die Lützowstraße war schon 2024 ein Hotspot für extrem rechte Propaganda. Auch in diesem Jahr war die dort gemeldete Propaganda von ihren Motiven sehr divers und stammte zumeist aus extrem rechten Onlineversandhandeln.

Ortsteil Gesundbrunnen



Im Ortsteil Gesundbrunnen erfassten wir 2025 74 Vorfälle nach 78 im Jahr 2024. Acht der 9 erfassten Angriffe fanden im öffentlichen Personennahverkehr statt. Auch von den Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien fanden viele im ÖPNV statt. Bei beiden Vorfallsarten war Rassismus das Hauptmotiv. Die erfasste Propaganda spiegelte die gesamte Breite dessen wieder, was im Bezirk gemeldet wurde.

12.05.2025 Bezirk: Mitte

Antimuslimisch-rassistische Propaganda in Gesundbrunnen

In der Badstraße und der Prinzenallee wurden ein antimuslimisch-rassistischer und ein einwanderungsfeindlich-rassistischer Aufkleber der extrem rechten „Identitären Bewegung“ entdeckt und entfernt.

Quelle: Bürger*innenmeldungen

26.04.2025 Bezirk: Mitte

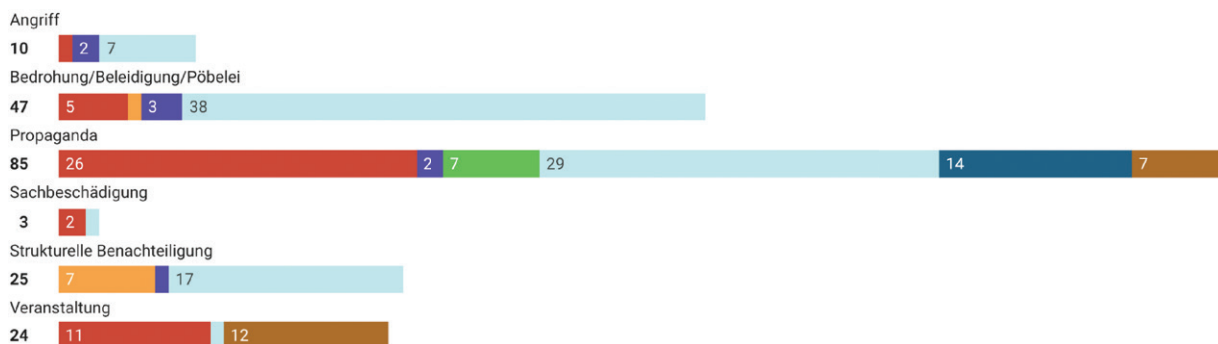
Rassistische Beleidigung und Bedrohung von spielenden Kindern in Wedding

Drei Kinder spielten in einem Innenhof in Wedding. Eins der Kinder war Schwarz, eins asiatischer Herkunft. Ein älterer Mann kam hinzu, bedrohte und beleidigte die Kinder rassistisch und sagte zu dem dritten weißen Kind, es solle sich nicht mit „solchen geborenen und zukünftigen Verbrechern“ abgeben, aber bei der Mutter des Kindes sei eine solche Warnung wohl völlig hoffnungslos.

Quelle: Bürger*innenmeldungen

Ortsteil Wedding

Antifeminismus Antisemitismus Behindertenfeindlichkeit LGBTIQ*-Feindlichkeit Politischer Gegner Rassismus Rechte Selbstdarstellung
 Sozialchauvinismus Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS



Created with Datawrapper

Im Ortsteil Wedding erfassten wir 2025 insgesamt 194 Vorfälle. Das sind vier Vorfälle mehr als 2024. Es wurde etwas weniger Propaganda gemeldet, dafür erfassten wir deutlich mehr Veranstaltungen und strukturelle Benachteiligungen. Bei den Angriffen und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien war Rassismus wie bereits in den vergangenen Jahren das Hauptmotiv. Die Angriffe fanden hauptsächlich auf der Straße statt.

Der ÖPNV war in Wedding nur selten der Tatort. Auch bei den Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien war der ÖPNV in Wedding relativ selten der Tatort. Die Vorfälle geschahen besonders häufig im Wohnumfeld und auf der Straße. Im Wedding wurde besonders viel rassistische Propaganda verbreitet. Insbesondere Propaganda, die zu "Remigration" aufrief und Propaganda einer fundamentalistischen katholischen Organisation, die anti-muslimischen Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit verbreitet, ist hier gemeldet worden. Auch antisemitische Propaganda wurde häufig dokumentiert. Hier ist eine Besonderheit, dass im Wedding vergleichsweise wenige antisemitische Vorfälle einen direkten Nahostbezug hatten. Die erfassten Veranstaltungen im Wedding teilten sich gleichmäßig auf antisemitische und verschwörungsideologische Demonstrationen auf. Für die antisemitischen Demonstrationen war vor allem eine Gruppe verantwortlich, die auch regelmäßig am Potsdamer Platz, am Alexanderplatz und am Checkpoint Charlie demonstriert hatte. Die verschwörungsideologischen Demonstrationen hatten NS-relativieren Inhalte und fanden vor dem Robert-Koch-Institut statt.

15.04.2025 Bezirk: Mitte

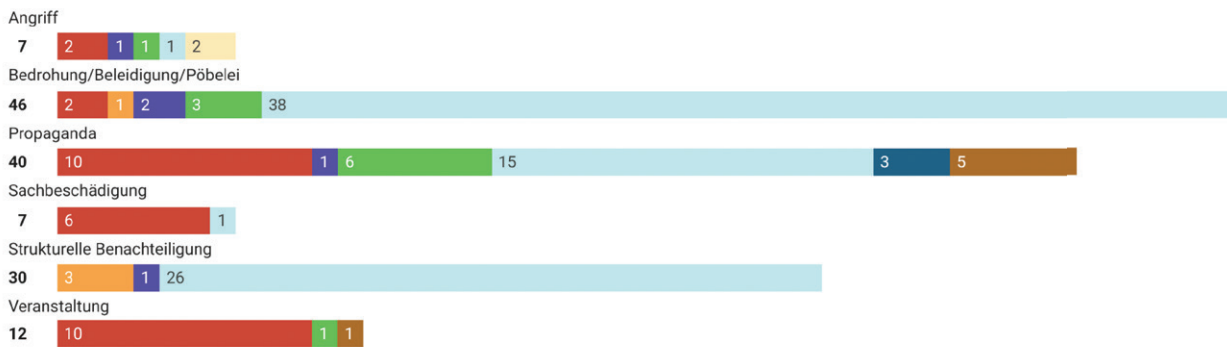
Rassistischer Angriff in Wedding

Eine Frau joggte durch den Volkspark Rehberge und telefonierte. Sie lief an einem Mann vorbei, der sie rassistisch beleidigte. Er fühlte sich offenbar durch ihr Telefonieren gestört. Als die Frau etwas erwiderte, griff er sie an und schlug ihr gegen den Kopf. Der Mann versuchte, ihr das Handy abzunehmen, stieß die Frau zu Boden und schlug weiter auf sie ein. Zwei Augenzeugen griffen ein und unterstützten die Frau. Von der alarmierten Polizei fühlte sich die Frau nicht ernst genommen. Die Polizist*innen nahmen aber die Anzeige und die Personalien der Beteiligten auf. Die Frau erlitt verschiedene Verletzungen unter anderem an der Schulter und musste sich in ärztliche Behandlung begeben.

Quelle: Bürger*innenmeldung

Ortsteil Moabit

Antifeminismus Antisemitismus Behindertenfeindlichkeit LGBTIQ*-Feindlichkeit Politischer Gegner Rassismus Rechte Selbstdarstellung
 Sozialchauvinismus Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS



Created with Datawrapper

In Moabit dokumentierten wir 2025 142 Vorfälle, gegenüber 108 (2024) und 133 (2022). Der Anstieg war in Moabit vor allem auf die Zunahme von rassistischen Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien zurückzuführen. Wie in den Vorjahren waren auch die strukturellen Benachteiligungen weitgehend rassistisch motiviert und ereigneten sich vor allem beim Landesamt für Einwanderung. Neun rassistische Beleidigungen ereigneten sich im Amtsgericht Tiergarten. Wie im Vorjahr fanden in Moabit zehn Kundgebungen und Demonstrationen mit einem Nahost-Bezug statt, auf denen zahlreiche Sprüche zu hören und Plakate zu sehen waren, die sich auf antisemitische Weise gegen Israel richteten. Die größte zählte ca. 300 Teilnehmende, die anderen zwischen 20 und 80. Auch zwei der sieben antisemitischen Sachbeschädigungen waren israelbezogen antisemitisch: Ein Plakat gegen Judenhass auf einer Litfaßsäule, das eine am 7. Oktober entführte und ermordete Deutsch-Israelin zeigte, wurde teilweise abgerissen und der Zeichnung der ermordeten Geisel „Nazi“ auf die Augen geschmiert. Außerdem wurden Figuren zerstört, die Teil einer Gedenkaktion waren: Ein Verein hatte in Moabit Silhouetten von Menschen aufgestellt, die an im Nationalsozialismus geflüchtete oder ermordete Jüdinnen und Juden erinnern sollten. Bereits kurz nach dem Aufstellen der Figuren wurden einige mit Bezug auf Gaza beschmiert, zerstört oder gestohlen. Die übrigen antisemitischen Sachbeschädigungen hatten einen extrem rechten, zum Teil deutlich NS-verherrlichenden Hintergrund. So wurde bei einem der beiden Beschädigungen des Deportationsmahnmales an der Putlitzbrücke auch ein Hakenkreuz hinterlassen. Jedoch richtete sich auch einer der beiden antisemitischen Angriffe israelbezogen gegen eine jüdische Musikerin und auch bei der Bedrohung eines Rabbinatsstudenten am Hauptbahnhof mischten sich klassischer und israelbezogener Antisemitismus.

Ortsteil Hansaviertel

In diesem kleinsten Ortsteil des Bezirks Mitte registrierten wir 2025 12 Vorfälle, gegenüber 7 im Vorjahr. Sie konzentrierten sich um den U-Bahnhof Hansaplatz und den S-Bahnhof Bellevue. Von drei Angriffen waren zwei schwulenfeindlich motiviert und besonders brutal. Außerdem ereignete sich eine LGBTIQ*-feindliche Bedrohung. Der dritte Angriff war rassistisch motiviert und der Täter zeigte auch noch den Hitlergruß. Rassistisch motiviert waren auch fünf Bedrohungen und Beleidigungen, davon drei antimuslimisch-rassistisch gegen Frauen und eine richtete sich gegen einen Schwarzen Mann und seine weiße Begleiterin, die von einem weißen Paar rassistisch und sexistisch beleidigt wurden. Außerdem wurde ein Polizist rassistisch beleidigt, wobei der Täter auch noch NS-verherrlichende Sprüche von sich gab. Den Hitlergruß zeigten auch zwei Jugendliche, die außerdem für mehrere NS-verherrlichende Schmierereien sorgten. Bei einer antisemitischen Sachbeschädigung wurden mehrere Stolpersteine beschädigt.

II.III Zivilcourage

Bei einigen Angriffen, Bedrohungen und Beleidigungen war es ermutigend zu sehen, dass Passantinnen und Zeuginnen Zivilcourage zeigten und auf unterschiedliche Weise versuchten, gegen die Angreiferinnen und Pöblerinnen einzuschreiten. So ist der Tag der Zivilcourage von großer Bedeutung, um der Zivilgesellschaft Vereine vorzustellen, die aktiv und präventiv sich diesen Problemen stellen.

Besonders im Bereich der Propaganda sind wir auf das Engagement unserer Melder*innen angewiesen. Diese Menschen dokumentieren und entfernen in ihrer Freizeit menschenfeindliche Propaganda – vor allem Sticker und Schmierereien – und leisten damit einen wertvollen Beitrag für das gesellschaftliche Klima in der Stadt.



Tag der Zivilcourage

Auch in diesem Jahr fand am 19.09. der Tag der Zivilcourage auf dem Leopoldplatz statt. Gemeinsam mit Vereinen, Initiativen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen informierten wir Passantinnen über die Bedeutung von Zivilcourage. An Infoständen stellten Organisationen ihre Arbeit vor, während ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm mit musikalischer Begleitung, inhaltlichen Beiträgen sowie Redebeiträgen von Landes- und Bundespolitikerinnen demokratischer Parteien die Besucherinnen zum Verweilen einlud.



Chaska Stern auf dem Tag der Zivilcourage, Team Gewaltmanagement · Coach für Zivilcourage





II.VI Auszüge aus der Chronik des Registers Berlin-Mitte aus dem Jahr 2025

Um gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen, muss man sie als Problem erkennen. Und man muss beschreiben wem sie passiert, wo sie stattfindet und wie sie funktioniert. Wir veröffentlichen die Vorfälle, die uns gemeldet werden.

www.berliner-register.de

20.09.2025 Bezirk: Mitte

Anti-Schwarzer rassistischer und antifeministischer Angriff auf Gegendemonstrantin

Eine Schwarze Frau, die an einer Gegenkundgebung zur Demonstration „Marsch für das Leben“ teilnahm, wurde von einem bekannten extrem rechten Medienaktivisten angegriffen. Die Frau wurde aufgrund von antischwarzem Rassismus von hinten angesprungen und an ihren Haaren gezogen.

Quelle: ReachOut

16.09.2025 Bezirk: Mitte

Antimuslimisch-rassistische Hassnachrichten in Mitte

Eine Moscheegemeinde im Bezirk Mitte fand in der Post antimuslimisch-rassistische Hassnachrichten vor.

Quelle: Registerstelle Mitte

11.09.2025 Bezirk: Mitte

Antiziganistische Bedrohung in Mitte

Mehrere als extreme Rechte erkennbare Männer folgen in Mitte zwei Frauen über längere Zeit, filmen sie, ihr Bildrecht verletzend, ungefragt und beschrieben sie mit einer gegen Sint*izze und Rom*nja gerichteten rassistischen Fremdbezeichnung. Die Videos wurden auf einer Social Media Plattform hochgeladen.

Quelle: Amaro Foro / DOSTA

05.09.2025 Bezirk: Mitte

Rassistische Beleidigung und rassistisch motiviertes Mobbing in Wedding

Ein alter Mann hatte seine türkische Nachbarsfamilie mit vier Kindern zu einem Grillfest in seinen Schrebergarten im Wedding eingeladen. Seitdem wird er von einigen Nachbarn in seinem Schrebergartenverein geschnitten und ein Nachbar äußerte sich ihm gegenüber rassistisch über seinen Besuch: Diese „Kanaken mit ihren vielen Kindern“ seien immer so laut und „gehörten hier nicht hin.“

Quelle: Bürger*innenmeldung

24.08.2025 Bezirk: Mitte

LGBTIQ*-feindliche Aufkleber in Mitte

In der Mollstraße nah beim Alexanderplatz wurden zwei extrem rechte und LGBTIQ*-feindliche Aufkleber der extrem rechten Kampagne „Stolzmonat“ entdeckt und entfernt. Auf dem einen war ein Adler vor einem Schwarz-Rot-Gold-gestaltetem Regenbogen zu sehen mit dem Schriftzug: „Stolz statt bunt. Identität braucht keinen Regenbogen“. Auf dem zweiten war ein Reichsadler neben einem Schwarz-Rot-Gold-gestaltetem Regenbogen abgebildet.

Quelle: Berliner Register, Bürger*innenmeldung

Anlaufstellen des Berliner Registers (Meldungen an das Register) und Beratungsstellen für Berlin-Mitte

Weitere Adressen
und Angebote auf der Webseite:
[**www.berliner-register.de**](http://www.berliner-register.de)

III.I Anlaufstellen des Berliner Registers im Bezirk Berlin-Mitte

Für Betroffene und Zeug*innen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt es verschiedene Beratungsangebote, die allesamt kostenlos sind. Das Spektrum reicht von Rechtsberatung, über Sozialberatung und Begleitservices bis hin zur psychotherapeutischen Betreuung bei traumatisierten Gewaltopfern.

Sie können sich immer gerne an die **Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.** wenden:
Tel.: (030) 40757551 und Funktel.: 0157/57983755 · Mail: register@narud.org · www.narud.org

Gesundbrunnen

Büro für Bürger*innenbeteiligung

L.I.S.T. GmbH

Gottschedstraße 33 · 13357 Berlin
Webseite: www.mittemachen-berlin.de
Telefon: +49 30 460605560
E-Mail: beteiligung-mitte@list-gmbh.de

Café VIA

IN VIA Jugendmigrationsdienst

Bellermannstraße 9 · 13357 Berlin
Webseite: www.invia-berlin.de
Telefon: +49 30 81864163
E-Mail: jmd@invia-berlin.de

Demokratie in der Mitte - Vor-Ort-Büro

Fabrik Osloer Strasse e.V.

Osloer Straße 12
13359 Berlin-Gesundbrunnen
Webseite: www.demokratie-in-der-mitte.de
Telefon: +49 30 49500526
E-Mail: info@demokratie-in-der-mitte.de

Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.

Vor-Ort-Büro Humboldthain

Putbusser Straße 27
13355 Berlin-Gesundbrunnen
Telefon: +49 30 50344148

Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.

Vor-Ort-Büro Soldiner Kiez

Koloniestraße 35a
13359 Berlin-Gesundbrunnen
Telefon: +49 30 48478064

Wendepunkt gGmbH

Gottschedstr. 4
13353 Berlin
Internet: team-wendepunkt.de
Telefon: +49 30 68323283
E-Mail: info@team-wendepunkt.de

Mitte

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung oder chronische Erkrankung

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstraße 108 · 10179 Berlin-Mitte
Webseite: www.lv-selbsthilfe-berlin.de
Telefon: +49 30 27592527, +49 30 27875691
E-Mail: adb@lv-selbsthilfe-berlin.de

Ban Ying e.V.

Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel

Anklamer Strasse 38
10115 Berlin-Mitte
Webseite: www.ban-ying.de
Telefon: +49 30 44063-73, +49 30 44063-74
E-Mail: beratung@ban-ying.de

Referat für Antifaschismus

ReferentInnenRat (AStA) der Humboldt-Universität zu Berlin

Website: <http://www.refrat.de/antifa>
E-Mail: antifa@refrat.hu-berlin.de

Moabit

Integrationsbüro Mitte

Rathaus Tiergarten

Mathilde-Jacob-Platz 1 · 10551 Berlin-Moabit
Webseite: www.berlin.de/ba-mitte
Telefon: +49 30 901833035
E-Mail: integrationsbuero@ba-mitte.berlin.de

Jugendmigrationsdienst Mitte

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands

Sickingenstraße 20-28 · 10553 Berlin-Moabit
Telefon: +49 30 440329-63
E-Mail: jmd.mitte@cjd-berlin.de

Karame e.V.

Wilhelmshavener Straße 22 · 10551 Berlin
Telefon: +49 30 39035516
Webseite: www.karame.de

Korea Verband e.V.

Quitzwowstraße 103
10551 Berlin-Moabit
Webseite: www.koreaverband.de
Telefon: +49 30 39805984
E-Mail: mail@koreaverband.de

Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.

Vor-Ort-Büro

Beusselstraße 80 · 10553 Berlin-Moabit
Telefon: +49 30 34096426

Opferhilfe Berlin e.V.

Oldenburger Straße 38 · 10551 Berlin
Webseite: www.opferhilfe-berlin.de
Telefon: +49 30 3952867
E-Mail: info@opferhilfe-berlin.de

Transaidency e.V.

Turmstraße 70 · 10551 Berlin
Webseite: www.transaidency.org
Telefon: +49 30 99212536
E-Mail: kontakt@transaidency.org

Tiergarten

GLADT e.V.

unabhängig, mehrsprachig, queer

Lützwowstr. 28 · 10785 Berlin
Webseite: www.gladt.de
E-Mail: info@gladt.de

Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.

Vor-Ort-Büro

Pohlstraße 6 · 10785 Berlin-Tiergarten
Telefon: +49 30 23003971

Wedding

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin

Schererstraße 8 · 13347 Berlin-Wedding
Webseite: www.basta.blogsport.eu
E-Mail: bastaberlin@systemli.org

Gangway e.V.

Team Wedding

Buttmannstr. 15 · 13357 Berlin
Telefon: +49 30 4626480

Kiezhaus Agnes Reinhold

Afrikanische Straße 74 · 13351 Berlin
Webseite: www.kiezhaus.org
E-Mail: info@kiezhaus.org

Kulturen im Kiez e.V.

Utrechter Straße 36
13347 Berlin
Webseite: www.kulturen-im-kiez.de
Telefon: +49 30 98327767
E-Mail: info@kulturen-im-kiez.de

Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.

Hochstädter Straße 16
13347 Berlin
Webseite: www.bildungsmarkt.de
Telefon: +49 30 45020882
E-Mail:
lotsen-hochstaedter@bildungsmarkt.de

Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.

Vor-Ort-Büro

Hochstädter Straße 16 · 13347 Berlin
Telefon: +49 30 60503098

Zukunftshaus Wedding

Mobile Stadteitarbeit im Parkvierte

Müllerstraße 56-58 · 13349 Berlin
Website: www.pgssoziales.de
Telefon: 030-45005 131
E-Mail: stadtteilzentrum@pgssoziales.de,
mobil@pgssoziales.de

Kiezbüro Ario Mirzaie - Bündnis 90/Die Grünen

Groninger Str. 10 · 13347 Berlin
E-Mail: buero2.mirzaie@
gruene-fraktion.berlin

III.II BERATUNGSSTELLEN

Opferhilfe Berlin e.V.

Tätigkeit: *Beratung nach Gewalttaten, Zeug*innenbetreuung, Traumafachberatung, Fremdsprachige Beratung*

Oldenburger Straße 38, 10551 Berlin

Tel.: (030) 395 28 67

www.opferhilfe-berlin.de

Gewaltschutzambulanz der Charité –

Universitätsmedizin Berlin Tätigkeit:
rechtsmedizinische Begutachtung und Dokumentation von sichtbaren Verletzungen

Birkenstraße 62, Haus N, 10559 Berlin

Tel.: (030) 450 570 270

www.gewaltschutzambulanz.charite.de

HateAid gGmbH

Tätigkeit: *Beratung und Unterstützung bei Gewalt im Internet*

c/o Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Tel.: 0172 4636998

www.hateaid.org

ADAS – Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen von LIFE e.V.

Tätigkeit: *Beratungsstelle für Menschen, die in Berliner Schulen Diskriminierung erleben*

Rheinstraße 45/46, 12161 Berlin,

Aufgang C, 3. Etage

Tel.: 0800 724 50 67

www.adas-berlin.de

Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Tätigkeit: *Beratung bei Diskriminierung in Schulen, Schulentwicklung*

Bernhard-Weiß-Str. 6 · 10178 Berlin

Raum 3 C 40, Tel.: (030) 90227 -5817

www.berlin.de/sen/bjf/service/qualitaets-und-beschwerdemanagement/

Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita (BeNeDiSK)

Tätigkeit: *Beratung bei Diskriminierung in Schule und Kita*

c/o Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.

Oranienstraße 34, 10999 Berlin

Tel.: (030) 818 219 295

www.benedisk.de

Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt:

Fair mieten – Fair wohnen

Tätigkeit: *Kostenlose und Mehrsprachige Beratung bei Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt*

Oranienstraße 53, 10969 Berlin

Tel.: (030) 623 26 24

www.fairmieten-fairwohnen.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Tätigkeit: *Beratung und juristische Erstberatung in allen Fällen von (vermuteter) Diskriminierung, besonders bei Vorkommnissen und Fragestellungen die über den Einzelfall hinaus auch bundesweit von Bedeutung sein können.*

Glinkastraße 24, 10117 Berlin

Tel.: (030) 18 555-1855

www.antidiskriminierungsstelle.de

LADS Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Salzburgerstr. 21-25, 10825 Berlin

Tel.: (030) 9013 3460

www.berlin.de/sen/lads

Kiezbüro Ario Mirzaie - Bündnis 90/Die Grünen

Groninger Str. 10

13347 Berlin

E-Mail: [buero2.mirzaie@](mailto:buero2.mirzaie@gruene-fraktion.berlin)

gruene-fraktion.berlin

III.III Rassismus, Flucht und Migration

**ReachOut - Beratung für Opfer rechter,
Orassistischer und antisemitischer Gewalt**

Beusselstr. 35 · 10553 Berlin,
(Hinterhaus 4. Etage)
Tel.: (030) 69 56 83 39
www.reachoutberlin.de

**OPRA – Psychologische Beratung für
Opfer rechtsextremer, rassistischer
und antisemitischer Gewalt**

Beusselstrasse 35 · 10553 Berlin,
Hinterhaus
Tel.: (030) 92 21 82 41
www.opra-gewalt.de

**ADNB des Türkischer Bund Berlin Branden-
burg (TBB) - Antidiskriminierungsnetzwerk
Berlin**

*Tätigkeit: Beratungsstelle primär für in Berlin
lebende Menschen, die rassistische und damit
zusammenhängende Diskriminierungserfah-
rungen machen*
Oranienstraße 53, 10969 Berlin
www.adnb.de

**Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungs-
arbeit e.V. (BDB e.V.)**

*Tätigkeit: Beratung und Begleitung für Men-
schen, die von Diskriminierung und Rassismus
betroffen sind*

SprengelHaus

Sprengelstr. 15, 13353 Berlin
Tel.: (030) 216 88 84
www.bdb-germany.de

**KuB Kontakt- und Beratungsstelle für
Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.**

*Tätigkeit: Beratung von Geflüchteten und
Migrant*innen (insb. geflüchtete Frauen) zu
Asyl und Aufenthalt, mehrsprachig, Dolmet-
schen in Gebärdensprache*
Oranienstr. 159 , 10969 Berlin-Kreuzberg
Tel.: (030) 614 94 00
www.kub-berlin.org

**Beratungsstelle für Migrant/innen von
Arbeit und Leben Berlin (DGB/VHS)**

*Tätigkeit: mehrsprachige Beratung in arbeits-,
sozial- und ausländerrechtlichen Fragen und
zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
(AGG)*
Kapweg 4, 13405 Berlin
Tel.: (030) 5130 192 80
www.berlin.arbeitundleben.de

Wedding.hilft

*Tätigkeit: Unterstützung für Geflüchtete (z.B.
bei der Wohnungssuche, Dolmetschen v.a.
arabisch, serbokroatisch, kurdisch)*
c/o Soziales Zentrum
Wollankstr. 58-60, 13359 Berlin
www.wedding-hilft.de

Moabit hilft e.V.

*Tätigkeit: allgemeine Beratung von
Geflüchteten, Begleitdienste*
Turmstr. 21 · 10559 Berlin
Haus R
Tel.: (030) 35057538
www.moabit-hilft.com

III.IV Antiziganismus

Amaro Foro

Tätigkeit: *Erstberatung Antiziganismus, Beratungsstelle für rumänische und bulgarische Roma mit Sprachmittlung, aufsuchender Arbeit und Sozialberatung, auf Bulgarisch, Romanes und Rumänisch*
Kaiser-Friedrich-Straße 19, 10585 Berlin
Tel.: (030) 610811020
www.amaroforo.de

Kulturen im Kiez e.V.

Tätigkeit: *Beratung für Zuwandererfamilien aus Süd-Ost-Europa, Mädchenarbeit mit Romnija*
Utrechter Straße 36, 13347 Berlin
Tel.: (030) 983 277 67
www.kulturen-im-kiez.de

III.V Antisemitismus

OFEK Beratungs- und Interventionsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung der ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.)

Tätigkeit: *Beratungs- und Interventionsstelle, kostenfreie Einzelfallberatung für Antisemitismuserfahrene und Betroffene antisemitischer Gewalt*
Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin
Tel.: (030) 610 80 458
www.zwst-kompetenzzentrum.de

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Tätigkeit: *Beratung bei antisemitischen Vorfällen*
Postfach 12 05 30, 10595 Berlin
Tel.: (030) 914 811 69
www.jfda.de

III.VI

LGBTIQ*-Feindlichkeit

GLADT e. V.

Tätigkeit: *Psychosoziale Beratung von und für Schwarze und of Color LSBTIQ* zu Antidiskriminierung, Antigewalt, Asyl und Migration, Trans* und Inter*, Gesundheit u.v.m.*
Lützowstraße 28, 10785 Berlin
Tel.: (030) 26556633
www.gladt.de

LesMigraS

Tätigkeit: *Antigewalt- und Antidiskriminierungs-Bereich der Lesbenberatung Berlin e.V.*
Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin
Tel.: (030) 21 91 50 90
www.lesmigras.de

StandUp Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin

Tätigkeit: *Mehrsprachiges Beratungsangebot für Schwule und bisexuelle Männer, Menschen mit HIV und Aids, transgeschlechtliche Menschen.*
Niebuhrstr. 59/60 · 10629 Berlin
(Rollstuhlgerechte Räume und Fahrstuhl vorhanden)
Tel.: (030) 23 36 90 -80
www.schwulenberatungberlin.de

MANEO - das schwule Anti-Gewalt-Projekt und Überfalltelefon in Berlin

Tätigkeit: *Beratung für schwule und bisexuelle Männern, die von schwulenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung betroffen sind – egal ob als Opfer, Tatzeugen oder Lebenspartner der Betroffenen.*
Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Tel.: (030) 216 33 36
www.maneo.de

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) –

Tätigkeit: *LSVD Berlin Beratung für Regenbogenfamilien, Lesben, Schwule, Bisexuelle, transgeschlechtlich definierte Menschen, Kostenlose Rechtsberatung.*

Kleiststraße 35, 10787 Berlin

Tel.: (030) 22 50 22 15

www.berlin.lsvd.de/beratung

L-Support

Tätigkeit: *Antigewaltprojekt für lesbische, bisexuelle und queere Frauen*

Potsdamer Str. 139 · 10783 Berlin

Tel.: (030) 459 618 65

www.l-support.net/l-support

Sonntags-Club

Tätigkeit: *Beratung für Transidente Menschen, Transgender, Menschen mit einer Trans*thematik, Lesben, Schwule, bisexuelle Menschen, auch auf Englisch*

Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin

Tel.: (030) 449 75 90

www.sonntags-club.de/beratung.html

Berliner Staatsanwaltschaft

Ansprechpartner_in für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Staatsanwaltschaft

Tätigkeit: *Schwule, lesbische, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Opfer homophober Hasskriminalität können sich direkt an die Staatsanwaltschaft wenden. Sie nimmt Anliegen, Beschwerden, gegebenenfalls auch Strafanzeigen auf und stellt den Kontakt zu den zuständigen Staatsanwälten, der Polizei und den privaten Hilfsorganisationen her.*

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Ansprechpartnerin:

Oberstaatsanwältin Ines Karl

Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin

Tel.: (030) 9014-2697

III.VII Behinderung und (chronische) Krankheit

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung oder chronische Krankheit

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstraße 108, 10179 Berlin

Tel.: (030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91

www.lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung

Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.

Tätigkeit: *Psychosoziale Beratung telefonisch, persönlich und per E-Mail, Peer-Beratung (behinderte Frauen beraten behinderte Frauen).*

Leinestr. 51 · 12049 Berlin

(rollstuhlgerechte Räume)

Tel.: (030) 617 091 -68 / -69

www.netzwerk-behinderter-frauen-berlin.de

AIDS-Hilfe e.V.

Kontaktstelle zu HIV-bedingter Diskriminierung der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.

Tätigkeit: *Erstberatung zu HIV-bedingter Diskriminierung*

Wilhelmstr. 138, 10963 Berlin

Tel.: (030) 690 087-67

www.aidshilfe.de/de/aktuelles/meldungen/neue-kontaktstelle-zu-hiv-bedingterdiskriminierung

3.9 Sozialer Status

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin

Tätigkeit: *Beratung und Begleitung zum Jobcenter*

Schererstraße 8, 13347 Berlin

www.basta.blogsport.eu

Zentrale Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot

Tätigkeit: *niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen, die keine Wohnung haben, vom Verlust der Wohnung bedroht sind oder sich in einer vergleichbaren Notlage befinden*

Levetzowstraße 12a, 10555 Berlin-Tiergarten

Tel.: (030) 3904740

www.wohnungslos-berlin.de

III.VIII Frauen und Mädchen

BIG e.V. - Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen

Tätigkeit: *Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder, mehrsprachige Beratung am Telefon, per Mail oder persönlich, Begleitung ins Frauenhaus, ins Krankenhaus und vor Gericht*
Durlacher Str. 11 a , 10715 Berlin
Hotline: Tel.: (030) 611 03 00
www.big-hotline.de

Ban Ying e.V. Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel

Tätigkeit: *Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel, Einwanderinnen aus Südostasien*
Anklamer Strasse 38, 10115 Berlin
Tel.: (030) 44 06 -373 und -374
www.ban-ying.de

TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e. V.

Tätigkeit: *Beratung zu Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Zwangsheirat, weiblicher Genitalverstümmelung, häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt*
Brunnenstr. 128, 13355 Berlin
Tel.: (030) 40 50 46 99 0
www.frauenrechte.de

Wildwasser Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V.

Tätigkeit: *Beratung für Mädchen nach sexuellem Missbrauch*
Wriezener Straße 10-11, 13359 Berlin
Tel.: (030) 48 62 82 30
www.wildwasser-berlin.de

LARA Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen*

Tätigkeit: *unbürokratische Hilfen für Frauen* nach sexualisierter Gewalt (ab 14. Lebensjahr)*
Fuggerstraße 19, 10777 Berlin
Tel.: (030) 216 88 88
www.lara-berlin.de

III.IX Kinderschutz

KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen!
Tätigkeit: *Beratung und Begleitung in Diskriminierungsfällen an, die junge Kinder im Alter von 0 bis 8 Jahren betreffen. Eine mehrsprachige Beratung ist möglich.*

Naunynstraße 64, 10997 Berlin
Tel.: (030) - 80206323
www.kids.kinderwelten.net/de

III.X Rechts- extremismus

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Tätigkeit: *Beratung bei konkreten rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Herausforderungen in ihren verschiedensten Erscheinungsformen für Einzelpersonen und Organisationen*
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Tel.: (030) 817 985 810
www.mbr-berlin.de

Violence Prevention Network e. V.

Tätigkeit: *Beratung für Menschen, die sich von extremistischen Ideologien und Gruppen lösen möchten sowie deren Angehörige und Umfeld*
Alt-Moabit 73, 10555 Berlin
Tel.: (030) 917 05 464

III.XI Verschwörungs- ideologien

entschwört.

Ein Projekt von pad
präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen. Bereich gGmbH

Tätigkeit: *Beratung im Umgang mit Verschwörungsmethoden im persönlichen Umfeld*
Telefonisch: 0178 572 81 03

E-Mail: beratung@entschoert.de
www.entschoert.de



Gefördert durch

im Rahmen von

<p>BERLIN</p>		<p>DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.</p>
<p>Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung</p>		<p>Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus</p>



www.berliner-register.de/mitte